

Der Ausschuss für kommunale Gesellschaftspolitik nahm den Antrag der SPD-Fraktion vom 1.9.2015 zur Kenntnis.

Herr Kirli, SPD-Fraktion, erläuterte den Antrag, in die Rahmenvereinbarung zwischen dem nordrheinwestfälischen Gesundheitsministerium und den Krankenkassen einzutreten, damit die Gesundheitskarte für die Flüchtlinge in Siegburg eingeführt wird. Er ergänzte diesen Antrag wie folgt:

„Die Stadt Siegburg setzt sich dafür ein, dass das Solidarsystem im Rhein-Sieg-Kreis weiterhin bestehen bleibt und der Kreis als Ganzes an der Rahmenvereinbarung teilnimmt.“ Die SPD-Fraktion verwies darauf, dass bereits in der Stadt Bornheim ein entsprechender Beschluss des Rates zur Einführung der Gesundheitskarte gefasst wurde und in Sankt Augustin ein entsprechender Antrag an den Rat vorläge.

Die Verwaltung erklärte das bisherige mit dem Rhein-Sieg-Kreis vertraglich geregelte Abrechnungssystem. Nach Einschätzung der Verwaltung verursacht die derzeitige Krankenversorgung der Flüchtlinge über Krankenscheine weniger Aufwand und Kosten als ein Abrechnungssystem einer Krankenkasse nach Einführung der Gesundheitskarte. Das Abrechnungssystem über den Rhein-Sieg-Kreis ist seit Jahren vertraglich geregelt und hat sich auch in der Vergangenheit sehr gut bewährt, insbesondere durch die gute Zusammenarbeit und der damit verbundenen kurzen Dienstwege. Zudem müssten bei Einführung der elektronischen Gesundheitskarte die Kosten der Krankenbehandlungen, die derzeit im Rahmen der Solidargemeinschaft aller Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis getragen werden, mit vollem Risiko durch die Stadt Siegburg allein getragen werden ( bei sog. Hochkostenfällen zumindest bis zu 70.000,- € jährlich je Leistungsfall ). Zudem wurden die Fraktionen darüber informiert, dass die derzeitigen Krankenscheine pro Quartal ausgestellt werden und somit eine dem Gesetz entsprechende Gesundheitsfürsorge für die Flüchtlinge gewährleistet werden könne.

Nach einer regen Diskussion zwischen allen Fraktionen beantragte die Fraktion Bündnis '90 / Die Grünen die Beratung in die nächste Sitzung des Rates am 1.10.2015 aufzunehmen. Diesem Antrag wurde einvernehmlich zugestimmt.